

Antwort Wahlprüfsteine EAPPI Nina Stahr (Grüne) Wahlkreis Berlin Steglitz-Zehlendorf

Das Recht auf Sicherheit der israelischen Bevölkerung prägt die deutsche Außenpolitik in einem besonderen Maße, da wir durch unserer Geschichte eine Verantwortung für sie tragen. Diese Verantwortung ist dauerhaft und es ist zu begrüßen, dass sich die deutsch-israelischen Beziehungen in allen Bereichen auch weiterhin vertiefen werden. Trotzdem muss man solch eine Verantwortung nicht mit der bedingungslosen Unterstützung der israelischen Regierungstätigkeit verwechseln. Völker- und menschenrechtliche Maßstäbe sind das A und O der grünen Politik und werden so auch konsequent auf die israelische Politik angewandt. Frieden im Nahen Osten und ein selbstbestimmtes lebenswertes Leben auf Seiten der Israelis und der Palästinenser ist das Ziel.

1.Frage: Ist in Ihren Augen die Beendigung der Besatzung eine Bedingung für einen gerechten Frieden für Israelis und Palästinenser?

Meine Partei und ich setzen uns für die rasche Rückkehr zu Verhandlungen zwischen Palästinensern und Israelis ein, mit dem Ziel der Zwei-Staaten-Lösung. In einem selbstbestimmten, souveränen und demokratischen Palästina ist eine israelische Besatzung nicht tragbar. Die langjährige Besatzung hat bei vielen Palästinensern die Hoffnung auf einen eigenen Staat ohne israelische Militärverwaltung gesenkt, auch die durch den Oslo-Prozess gewährte Teilautonomie wird als Etikettenschwindel empfunden. Gaza ist nach wie vor von der Besatzung Israels eingesperrt, da es die Außengrenzen und den Luftraum kontrolliert. Das Ende der Besatzung und die Überwindung der innerpalästinensischen Spaltung sind Bedingungen für einen dauerhaften und gerechten Frieden nicht nur zwischen Israel und Palästina, sondern für die ganze Region.

2. Frage: Halten Sie die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin für realistisch und erstrebenswert? Wenn JA: Welche Schritte sollte die zukünftige Bundesregierung unternehmen, um diese Lösung zu unterstützen? Wenn NEIN: Welches Szenario halten Sie für realistischer oder eher erstrebenswert?

Das Zeitfenster, in dem eine Zwei-Staaten-Lösung noch machbar ist, wird zunehmend enger. Es muss also nicht nur bald, sondern jetzt gehandelt werden. Erstrebenswert ist die Zwei-Staaten-Lösung in meinen Augen nach wie vor, sie ist die einzig richtige Lösung für beide Staaten auf dem Weg zu einem gerechten Frieden. Dabei muss die zukünftige Bundesregierung die Grenzen von 1967 als Verhandlungsgrundlage fordern. Deutschland und die EU müssen zusammen mit den US-amerikanischen Partnern und der Arabischen Liga bei der Lösungsfindung helfen. Hier einige konkrete Vorschläge:

Deutschland soll die Bereitschaft erklären, einen großen Beitrag z.B. für die Einrichtung eines Entschädigungsfonds für Flüchtlinge, für Resettlement-Programme und für Aufnahmekontingente in europäischen Staaten zu leisten.

Deutschland muss die Region fördern, z.B. in seiner Expertise für Wassermanagement, bei der Energieversorgung, beim Wiederaufbau des Gaza-Streifens und bei der Entwicklungszusammenarbeit mit beiden Ländern. Deutschland kann zudem eine tragende Rolle bei der Vergabe von Sicherheitsgarantien, beim Grenzmanagement, als Vermittler an israelisch-palästinensischen oder palästinensisch-palästinensischen Verhandlungstischen und bei einer möglichen UN-Mission spielen.

3. Frage: Wie sollte die zukünftige Bundesregierung auf den Tatbestand des zunehmenden illegalen israelischen Siedlungsbaus in der Westbank bei gleichzeitiger Verweigerung des Rechts auf Wohnraum für Palästinenser in den C-Gebieten reagieren?

Wir Grüne setzen uns klar für ein Ende der völkerrechtswidrigen Siedlungsaktivitäten auf palästinensischem Gebiet ein. Der Siedlungsbau erreicht ein Niveau, bei dem unumkehrbare Fakten geschaffen werden, das schadet den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Palästina und verhärtet den Konflikt zwischen den Parteien. Der palästinensischen Bevölkerung in den sogenannten C-Gebieten werden keine Baugenehmigungen erteilt und produziertes Gut kann wegen der Bewegungseinschränkung durch das israelische Militär nur schwer exportiert werden. Gegen diese Punkte muss sich eine zukünftige Regierung entschieden stellen.

Da wir Grünen uns selbstverständlich zur proklamierten Menschenrechtsbindung in der Außenpolitik bekennen, fordern wir von einer zukünftigen Bundesregierung, gegenüber Israel die Rechte der palästinensischen Regionalverwaltungen in den Siedlungsgebieten zu verteidigen.

4. Frage: Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach reagieren, wenn den Bestrebungen deutscher Entwicklungspolitik derart rigide entgegen-getreten wird?

Die finanzierten Anlagen helfen der palästinensischen Bevölkerung, ihre Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern. Zerstörungsanordnungen, die sich gegen solche durch EU- bzw. deutschen Gelder finanzierten alternativen Stromanlagen wenden, müssen entschieden zurückgewiesen werden. Sie würden den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel schaden.

5. Frage: Halten Sie es für akzeptabel, dass Israel verschiedene rechtliche Standards an die Behandlung jüdischer oder palästinensischer Kinder anlegt? Wo sehen Sie Möglichkeiten für die deutsche Politik, diesem Unrecht entgegenzutreten?

Haftaufenthalte ohne ein rechtsstaatliches Verfahren, vor allem solche von Kindern, sind völker- und menschenrechtswidrig und finden allein schon deshalb von mir keinerlei Unterstützung. Auch die rechtliche Ungleichbehandlung von Menschen innerhalb eines Staatsgebiets ist nicht vereinbar mit den Grundsätzen eines demokratisch-rechtsstaatlichen Landes.

Wir haben die Bundesregierung im Antrag „Die Anwendung der Administrativhaft und willkürliche Festnahmen durch israelische und palästinensische Sicherheitskräfte verurteilen“ (Drs. 17/11166) aufgefordert, von den israelischen und palästinensischen Behörden die Behandlung Jugendlicher und Minderjähriger nach den Kinderrechtskonventionen der Vereinten Nationen verlangen.